Berlin

Digital, barrierefrei, effizient

[20.12.2018] Einen Gesetzentwurf zur barrierefreien Informations- und Kommunikationstechnik hat der Berliner Senat jetzt zur Kenntnis genommen. Beschlossen hat er außerdem, das bereits eingesetzte E-Recruiting-System auf alle Berliner Verwaltungen auszuweiten. Darüber hinaus soll das IT-Management für Schulen optimiert werden.

In seiner Sitzung am 18. Dezember 2018 hat der Berliner Senat nicht nur einen Gesetzentwurf zur barrierefreien Informations- und Kommunikationstechnik auf den Weg gebracht, sondern auch die Weiterentwicklung und breitere Nutzung des E-Recruiting-Systems rexx sowie den jährlichen Bericht über die Entwicklung der Schulverwaltungssoftware für Berliner Schulen beschlossen. Wie die Senatsverwaltung für Inneres und Sport mitteilt, würde mit dem entworfenen Gesetz zur barrierefreien Informations- und Kommunikationstechnik die EU-Richtlinie 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 umgesetzt. Die Richtlinie werde durch das neue Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnik-Gesetz Berlin (BIKTG Bln) in das Berliner Landesrecht umgesetzt. Vorgesehen seien in dem Berliner Gesetzentwurf unter anderem einheitliche Regelungen für Internet und Intranet öffentlicher Stellen sowie die Regelung einer Erklärung zur Barrierefreiheit von Web-Seiten und mobilen Anwendungen. Diese Regelung soll einen Feedback-Mechanismus und eine Verlinkung auf das Durchsetzungsverfahren enthalten. Ferner soll eine Überwachungsstelle bei der für die Steuerung der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) der Berliner Verwaltung zuständigen Senatsverwaltung eingerichtet werden. Wie die öffentlichen Stellen über den Stand der Barrierefreiheit im Bereich Informationstechnik an die für die IKT-Steuerung zuständige Senatsverwaltung Bericht erstattet, regle das Gesetz ebenso wie die Berichterstattung an den Bund. Der Gesetzentwurf werde nun dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet.

E-Recruiting ausweiten

Positive Erfahrungen hat Berlin mit dem E-Recruiting-System rexx von Anbieter rexx Systems (wir berichteten) gesammelt, weshalb die Lösung weiterentwickelt und noch breiter in der Berliner Verwaltung genutzt werden soll. „Das E-Recruiting-System rexx hat einen großen Anteil an der verkürzten Verfahrensdauer von Stellenbesetzungen“, berichtet Finanzsenator Matthias Kollatz. „2015 betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer landesweit noch etwas mehr als fünf Monate. 2017 lag diese bereits bei knapp vier Monaten. Einige Dienststellen haben es schon innerhalb von etwa drei Monaten geschafft. Die Ausweitung auf alle Berliner Verwaltungen wird diesen Prozess noch beschleunigen. Drei Monate sind unsere Zielgröße. Das ist auch dringend erforderlich. Denn wir müssen das starke Bevölkerungswachstum der Stadt noch schneller in der Verwaltung personell unterfüttern. Hierzu leistet auch unser Karriereportal im Internet einen großen Beitrag. Dessen Präsenz wird mit der Vereinheitlichung der Stellenportale deutlich verstärkt.“ Wie die Senatsverwaltung für Finanzen mitteilt, wird rexx derzeit in sieben Senatsverwaltungen eingesetzt. Die verbleibenden drei Senatsverwaltungen testen das E-Recruiting-System. Zudem nutzen alle Bezirksverwaltungen und zehn nachgeordnete Behörden die Lösung. Das Karriereportal der Berliner Verwaltung enthalte derzeit noch ein Jobportal für Online-Bewerbungen und eine analoge Stellenplattform. Es werde daran gearbeitet, beide Stellenportale zu vereinheitlichen und künftig auf dem Karriereportal zu präsentieren.

Effizientes IT-Management für Schulen

Der vom Berliner Senat beschlossene jährliche Bericht über die Entwicklung der Schulverwaltungssoftware befasst sich mit einem effizienten IT-Management für die Berliner Schulen. „Mit eGovernment@School erhalten die Berliner Schulen, die Schulaufsicht, die Bezirke und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ein gemeinsames integriertes IT-Management, mit dem der tägliche Verwaltungsablauf unterstützt wird und zum Beispiel die Neueinschulung und Verteilung von Schülerinnen und Schülern vorgenommen werden kann“, erklärt die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres. „Auch müssen die Schulen bei Einschulung und Schulwechsel die erforderlichen Daten nicht mehr eigenständig erfassen und können rechtssichere Zeugnisse erstellen. 430 Schulstandorte mit 2.300 IT-Verwaltungsarbeitsplätzen befinden sich bereits in dieser zentralen Schulverwaltungsumgebung.“ Wie die Senatskanzlei für Bildung, Jugend und Familie mitteilt, gehört dazu analog zur E-Government-Strategie des Landes Berlin, die IT-Verwaltungsarbeitsplätze zu standardisieren und über ein sicheres Landesnetz der zentralen Schulverwaltungsumgebung (ZSVU) in die Server-Landschaft des ITDZ-Rechenzentrums zu integrieren. Geplant sei, die stationären IT-Verwaltungsarbeitsplätze um mobile Arbeitsplätze für die Leitungsebenen der Berliner Schulen zu ergänzen. Zusätzlich werde für die Schulen eine zentrale webbasierte Schul-Management-Software an die Belange des Berliner Schulwesens – die Berliner Lehrkräfte-Unterrichts-Schuldatenbank (Berliner LUSD) – angepasst und stufenweise eingeführt. Aktuell sind laut der Senatskanzlei 190 Schulen an dieses zentrale System angeschlossen. Die Einbindung in die LUSD soll bis zum 1. Quartal 2020 abgeschlossen sein. Der Bericht über die Entwicklung der Schulverwaltungssoftware wird nun dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorgelegt.

(ve)

Stichwörter: Politik, Berlin, Schul-IT, Personalwesen, Recruiting, Barrierefreiheit